



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Martina Fehlner, Susann Biedefeld SPD**

**Ergebnisse der Anhörung „Jungsein in Bayern“ ernst nehmen II:
Freiwilliges Soziales Jahr und Freiwilliges Ökologisches Jahr
ausbauen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Jugendfreiwilligendienste (Freiwilliges Soziales Jahr – FSJ und Freiwilliges Ökologisches Jahr – FÖJ) deutlich stärker zu fördern, insbesondere indem sie:

1. die Angebote ausdifferenziert und erweitert, zum einen durch angepasste Angebote für bestimmte Zielgruppen (Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund etc.), zum anderen durch Ausweitung der möglichen Einsatzbereiche (insbesondere für das FSJ),
2. die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit (z.B. in Schulen und Jugendverbänden) ausbaut,
3. Regelungen zur besseren Anerkennung und Anrechenbarkeit von FSJ und FÖJ trifft, insbesondere als Praktika für entsprechende Ausbildungs- und Studiengänge.

Begründung:

Die Jugendfreiwilligendienste haben sich zu einer wichtigen Säule des bürgerschaftlichen Engagements von Jugendlichen entwickelt. Die Rahmenbedingungen sind allerdings zum Teil noch verbesserungsbedürftig. Beispielsweise ist der Zugang zu diesen Angeboten für bestimmte Zielgruppen (Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund etc.) in der Praxis deutlich erschwert; hier braucht es eine entsprechende individualisierte und bedarfsgerechte Anpassung. Auch die Einsatzbereiche (insbesondere des FSJ) sind noch eingeschränkt. Gerade kulturelle Einrichtungen würden hier ein enormes Potenzial bieten, das es auszuschöpfen gilt. Neue Zielgruppen können zudem gewonnen werden, indem die Staatsregierung die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit spürbar ausbaut. Hierfür kommen nicht nur die Schulen, sondern auch die Jugendverbände als Orte in Betracht. Außerdem zeigen Untersuchungen, dass sich Ehrenamtliche heutzutage zunehmend auch Anerkennung für ihr Engagement wünschen. Von Bedeutung ist daher, die Anrechenbarkeit der Jugendfreiwilligendienste für Ausbildungs- und Studiengänge zu erhöhen und verbindlich zu regeln.